

Juli 2026

ver.di bleibt stabil – Wir kämpfen für gerechte Arbeit und sozialen Zusammenhalt: Sei dabei!

Die schwarz-rote Regierung schmeißt den Kürzungsrasenmäher an und geht über soziale Leistungen und Arbeitnehmer*innenrechte hinweg. Dabei geht es auch anders! Das fordert ver.di:

1. Rente

Wir wollen eine Rentenreform, die die Lebensleistung der Menschen anerkennt und ein ausreichend hohes Niveau in der gesetzlichen Rente sicherstellt. Das ist möglich! Die vom DGB eingesetzte Rentenkommission hat konkrete Vorschläge erarbeitet. Die zeigen: Das Wohlstandsversprechen einer guten Rente für alle Generationen ist finanzierbar, heute und auch in Zukunft. Dazu sind **70 bis 90 Prozent** des durchschnittlichen Nettoeinkommens aus der Erwerbszeit notwendig. Die gesetzliche Rentenversicherung ist dabei die tragende Säule. Sie muss das Mindestniveau sichern. Dazu ist das Rentenniveau auf 50 Prozent und später auf 53 Prozent vor Steuern anzuheben. Insgesamt braucht es zwei starke Säulen: Die gesetzliche Rentenversicherung und eine verbindliche betriebliche Altersvorsorge. Mit mehr Beitragszahlenden, Steuerzuschüssen und Beiträgen aus hohen Mieteinnahmen und großen Vermögen lässt sich das solidarisch finanzieren!

www.dgb.de/rentenkommission

2. Sachgrundlose Befristung

Wir wollen eine Abschaffung der sachgrundlosen Befristungen und faire Aussichten mit Sicherheit für alle! Wer ständig zu prekären und befristeten Bedingungen arbeitet, steht unter Druck: Es fehlt an Sicherheit und Zukunftsperspektiven. Gerade junge Kolleg*innen sind betroffen. Endlose Kettenbefristungen zerstören ihre Pläne.

3. 8-Stunden-Tag

Klarer Fall: Mit Macht für die 8! **Wir wollen, dass die tägliche Höchstarbeitszeit erhalten bleibt und nicht durch eine wöchentliche Höchstarbeitszeit ersetzt wird, die den Druck auf unsere Kolleg*innen unerträglich macht!** Wo es mehr Flexibilität bedarf, sind wir dabei: So regeln wir in zahllosen Tarifverträgen, zu welchen Bedingungen ausnahmsweise von der täglichen Höchstarbeitszeit abgewichen werden kann. **Wir wollen auf Augenhöhe gestalten und uns keinem Diktat der Bosse unterwerfen!**

[Arbeitszeitgesetz: Maximale Arbeitszeit, Pausen, Überstunden | ver.di](#)

4. Krankschreibung

Wir wollen, dass Bosse und Regierung uns vertrauen: Wenn wir sagen, wir sind krank, sind wir krank! Krankschreibung am 1. Tag nützt niemandem und macht die Menschen eher krank, wenn sie in vollen Arztpraxen warten müssen – sofern sie überhaupt einen Termin bekommen.

Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft – ver.di, Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin, verantwortlich: Cornelia Berger, Leiterin Kommunikation

**STABIL
BLEIBEN
SOZIAL
GESTALTEN**

Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft

1. Gesundheit

Wir wollen gute Versorgung und stabile Krankenversicherungen statt einfallssloser Kürzungen, miesen Arbeitsbedingungen und einseitiger Belastung der Versicherten! Die Vorschläge für eine nachhaltig gute Finanzierung des Gesundheitssystems liegen auf der Hand: Zum Beispiel die solidarische Einbeziehung aller Einkommensarten, inklusive Aktiengewinne und anderer Kapitalerträge. Notwendig ist eine Bürger*innenversicherung, in die alle nach gleichen Regeln einzahlen! Außerdem fordert ver.di, dass der Krankenversicherungsanteil für Grundsicherungsempfänger*innen vollständig aus Steuermitteln getragen wird, weil das eine Aufgabe der gesamten Gesellschaft ist, die nicht allein von den gesetzlich Versicherten gestemmt werden sollte: Es geht hier um 12 Milliarden Euro im Jahr. Im Arzneimittelbereich könnte eine Mehrwertsteuersenkung von 19 auf 7 Prozent die Gesetzliche Krankenversicherung um sieben bis acht Milliarden Euro entlasten. Bei kommerziell betriebenen Krankenhäusern braucht es eine klare Profitbegrenzung. Die darüber hinaus erzielten Gewinne müssen in die Gesundheitsversorgung reinvestiert werden.

[Sozialstaat - Infopapier Gesetzliche Krankenversicherung \(GKV\)](#)

5. Pflege

Wir wollen, dass die Pflegeversicherung neu aufgestellt wird: Sicher, solidarisch, zukunftsfest! Für ver.di ist klar: Pflegebedürftigkeit darf kein Risiko sein, mit dem Menschen allein gelassen werden. Pflege ist zentrale Aufgabe des Sozialstaates. Notwendig ist deshalb eine solidarische Pflegegarantie, die alle pflegebedingten Kosten zuverlässig absichert. Ohne gute Arbeitsbedingungen gibt es keine gute Pflege. ver.di setzt sich für verbindliche gesetzliche Vorschriften zur Personalausstattung, Tariflöhne und eine Ausbildung mit ausreichender Praxisanleitung ein. Wo Tarifverträge gelten, steigen die Löhne und die Attraktivität der Pflegeberufe. Politischer Druck und gute Tarifabschlüsse von ver.di haben dazu geführt, dass die Bezahlung in der Altenpflege in den vergangenen Jahren deutlich stärker gestiegen ist als in anderen Branchen. Vor allem kommerzielle Träger müssen besser bezahlen. Die Entwicklung für bessere Arbeitsbedingungen muss fortgesetzt werden – im Interesse der Beschäftigten und der Pflegebedürftigen gleichermaßen!

[Sozialstaat - Infopapier Pflegeversicherung](#)

6. Wohngeld

Wir wollen, dass die geplanten Kürzungen beim Wohngeld nicht in Kraft treten! Damit würden die Ausgaben um 2,6 Milliarden Euro praktisch halbiert, rund 400.000 Haushalte ihren Anspruch verlieren. Das heißt: Menschen können ihre Mieten nicht mehr zahlen! Statt beim Wohngeld zu kürzen, sollte besser die Mietpreisentwicklung durch strengere Gesetzesvorgaben und mehr sozialen Wohnungsbau eingebremst werden.

[2026-07-02_DGB-Stellungnahme_Wohngeld.pdf](#)

7. Kinder-/Jugend- und Eingliederungshilfe

Wir wollen, dass die Schwächsten am stärksten geschützt sind! Das bedeutet, dass sie individuelle und professionelle Unterstützung bekommen. Die Hilfen müssen zu den Menschen passen und nicht zum staatlichen Geldbeutel! Die von der Bundesregierung angestrebten Pauschallösungen werden der Vielfalt von Unterstützung, derer es bedarf, nicht gerecht. Und sich dabei klammheimlich von ordentlich ausgebildeten Fachkräften zu verabschieden, geht gar nicht: Ausbildung und faire Bedingungen sind Voraussetzung für gute soziale Arbeit! Die Leistungen der Kinder-/Jugendhilfe und der Eingliederungshilfe für Inklusion werden weit überwiegend von den Kommunen finanziert. Städte und Gemeinden müssen daher einen höheren Anteil aus dem Steueraufkommen zur Erfüllung ihrer Aufgaben erhalten.

8. Stellenabbau bei Bundesbehörden und mittelbarer Bundesverwaltung

Wir wollen guten Service für alle Bürger*innen! Eine pauschale Personalkürzung um acht Prozent bei den Bundesbehörden und der mittelbaren Bundesverwaltung mit dem Argument der „Digitalisierungsrendite“ geht gar nicht: So lange nicht klar ist, welche Aufgaben durch IT/KI verändert und ggf. auch reduziert werden können, woher das Geld für die Investitionen in die Digitalisierung kommen soll und wie eine Behörde damit am Ende für ihre Aufgaben besser dasteht, so lange ist das ein Sparen an der falschen Stelle und verspielt das Vertrauen der Menschen in den Staat. Betroffen von diesen Plänen sollen unter anderem auch die Bundesagentur für Arbeit und die Deutsche Rentenversicherung sein. Beide Behörden werden maßgeblich über Versichertengelder finanziert. Ein solch pauschaler Eingriff durch die Bundesregierung in die Selbstverwaltung ist ein starkes Stück.

Alle Infos und aktuelle Demo-Termine findest Du hier: [Sozialstaat in Deutschland – Sicherheit für alle | ver.di](#)